

## **„Linksruck“: Volksbund in der Kritik**

Kriegsgräberfürsorge will moderner werden, ältere Mitglieder protestieren dagegen - erste Austritte

*Hamburger Abendblatt, 25. August 2015*

Von Matthias Schmoock

Der traditionsreiche Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge steht vor grundlegenden inhaltlichen Veränderungen. Ein deutliches Zeichen dafür ist die Unterstützung des Landesvorstands für die anstehende Umbenennung der Kriegerehrenallee auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Allerdings sind offenbar nicht alle Mitglieder bereit, diesen Weg der Modernisierung mitzugehen. Einige haben bereits ihren Austritt aus dem Verein erklärt, andere hinterfragen den Kurs kritisch. Aktuell hat der Bund in Hamburg 1878 Mitglieder und 8135 Spender.

Rückblick: Der Volksbund hatte, wie berichtet, die Umbenennung der um 1914 angelegten Straße unterstützt, nachdem zuvor ein entsprechender Beschluss bei einem Runden Tisch gefasst worden war. Daran hatten auch Vertreter der politisch links stehenden Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V. teilgenommen.

Wie Nele Fahnenbruck, kommissarische Geschäftsführerin der Hamburger Landesgeschäftsstelle, bestätigt, werfen die ausgetretenen Mitglieder dem Volksbund nun vor, sich mit der Bredel-Gesellschaft gemein gemacht zu haben und selbst einen "Linksruck" zu vollziehen. Das sei umso bedauerlicher, als dass der Volksbund bei der Umbenennung eine ganz andere Linie verfolge als die Bredel-Gesellschaft.

Die Landesvorsitzende Karen Koop, langjährige CDU-Bürgerschafts-abgeordnete, erläutert: "Der Begriff ‚Krieger‘ ist nach zeitgemäßer Interpretation nicht mit ‚Soldaten‘ gleichzusetzen." Außerdem sei das Wort Ehrung hier kritisch zu betrachten. Koop: "In unserer Arbeit geht es nicht um Verehrung der Toten, sondern um die würdige Erinnerung an sie." Grundsätzlich solle man derartige Dokumente der Vergangenheit aber nicht einfach beseitigen, sondern sich mit ihnen auseinandersetzen, so Koop. Der Volksbund schlägt Allee der Erinnerung oder Allee des Gedenkens vor. Die Bredel-Gesellschaft betont, dass die Ehrung der Soldaten zugleich die Akzeptanz der deutschen Kriegsziele impliziere - egal, ob im Ersten oder Zweiten Weltkrieg. Auch sollten die Soldaten nicht "gehört" werden, weil sie nicht ihr Vaterland verteidigt, sondern Eroberungskriege geführt hätten.

Koop und Fahnenbruck bedauern die Austritte zwar, insgesamt bekennt sich der 1920 gegründete Landesverband aber klar zu inhaltlichen Neuerungen - zu einem "Transformationsprozess", wie es in der Fachsprache heißt. So gehört er auch zu den Unterstützern eines Denkmals für Deserteure in Hamburg und ist unter anderem Mitinitiator des 2009 ins Leben gerufenen "Friedensfests" auf dem Ohlsdorfer Friedhof. In der Jugendarbeit setzt der Verein auf friedenspädagogische Aspekte wie Fortbildungen über Rechtsextremismus.

"Die Zeiten, in denen man junge Leute jahrein und jahraus nur mit Gräberputzen beschäftigen konnte, sind eben vorbei", so Fahnenbruck. "Wir nutzen die Kriegsgräber vielfältiger, zum Beispiel durch Biografiearbeit." Aus ihrer Sicht dürfte der Volksbund nicht nur weiterhin den Blick zurück tun, sondern er müsse sich viel intensiver mit Gegenwart und Zukunft beschäftigen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es dem Volksbund gelungen, sich breiter aufzustellen und sich unter anderem mit Geschichtswerkstätten und Universitäten zu vernetzen.

Unter den 16 Landesverbänden gilt der Hamburger als besonders progressiv. "Das ist auch im Sinne des Präsidenten Markus Meckel, der unseren Kurs besonders unterstützt", erklärt Nele Fahnenbruck. In der neuen Infobroschüre des Volksbunds heißt es zu den "sogenannten" Soldatengräbern, kritisches Geschichtsbewusstsein der Öffentlichkeit darzustellen, sei oft mühsam und langwierig. "Aber wir scheuen diesen Weg nicht."